

Polen eine Rakete niederging, konnte niemandem überraschen.

Washington fürchtet solche Zwischenfälle, die zu einer Ausweitung des Konflikts führen könnten. Das Weiße Haus distanzierte sich deshalb sofort von den Anschuldigungen der ukrainischen Regierung, die fälschlicherweise von einer russischen Rakete sprach. (Es handelte sich um eine fehlgeleitete ukrainische Flugabwehr Rakete.)

Trotz Bedenken will Washington Kiew auch weiterhin die nötigen Mittel in die Hand geben, um die russischen Raketen abzuwehren. Mittlerweile hat die Ukraine russische Flugplätze in den mehr als 500 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernten Regionen Saratow und Rjasan angegriffen, auf denen strategische Bomber stationiert sind. Damit hat der Konflikt eine neue Dimension bekommen. Die für die Angriffe eingesetzten Kamikazedrohnen sind nach Ansicht russischer Militäranalysten mit technischer und finanzieller Unterstützung Großbritannien und der USA gebaut worden.<sup>6</sup>

Hinzu kommt, dass die Vereinigten Staaten grünes Licht für die Lieferung des hochmodernen Flugabwehrsystems Patriot gegeben haben, das eigentlich ihren engsten Verbündeten vorbehalten ist. Der russische Botschafter in den USA bezeichnete die Entscheidung postwendend als „provokanten Schritt“, der „unabsehbare Folgen“ haben könnte.<sup>7</sup> Die USA bewegen sich somit auf einem schma-

len Grat: Sie schließen Verhandlungen nicht mehr aus, laufen aber gleichzeitig Gefahr, als Kriegspartei in den Konflikt hineingezogen zu werden. Dabei sind die amerikanischen Kriegsziele nicht in Stein gemeißelt. Die Idee eines Regimewechsels, die US-Präsident Biden im März bei einer Rede in Warschau angedeutet hatte, entspricht nicht mehr der offiziellen Linie.

US-Außenminister Antony Blinken sagte am 6. September, die amerikanische Unterstützung beschränke sich auf die Rückeroberung der seit dem 24. Februar 2022 verlorenen Gebiete, womit die Krim und die Separatistengebiete im Donbass ausgenommen wären. Nur die baltischen Staaten und Polen unterstützen Kiews Pläne, die Offensive bis zur Rückeroberung der Krim fortzusetzen. Ihre Waffenlieferungen machen aber nur einen Bruchteil des militärischen Materials aus, das die Ukraine aus dem Ausland erhält.

Der Konflikt hat ein Ausmaß erreicht, das eine Umkehr schwierig macht. Weder die russische Regierung, deren politisches Überleben auf dem Spiel steht, noch die von massiven Zerstörungen erschütterte Ukraine wollen aktuell an den Verhandlungstisch zurück. Die Fronten zwischen den Kriegsparteien sind verhärtet.

Im September annektierte Russland Gebiete in vier ukrainischen Regionen. Dabei hatte es im März noch so ausgesehen, als würde der Kreml die Räumung der südlichen Regionen

Cherson und Saporischschja im Austausch gegen eine Anerkennung der Unabhängigkeit des Donbass und der Angliederung der Krim an Russland nicht ausschließen. Präsident Selenski bekundete am 15. November in seiner Videoansprache auf dem G20-Gipfel ein eher theoretisches Interesse an Verhandlungen. Als Vorbedingung forderte er den Abzug der russischen Truppen hinter die Grenzen von 1991, also auch aus dem Donbass und von der Krim.

### Von einer neutralen Ukraine ist keine Rede mehr

Im März hatte die Ukraine diese beiden Gebiete aus ihren Forderungen nach Sicherheitsgarantien ausgeklammert. Das war ein Hinweis darauf, dass Kiew Gespräche über die russisch-ukrainische Grenze zumindest in Erwägung zog. Der „Sicherheitspakt“, den die ukrainische Regierung inzwischen einfordert, zielt darauf ab, die militärische und finanzielle Hilfe des Westens zu verstetigen. Gleichzeitig soll die Ukraine eng an die Nato gebunden werden, mit Option auf eine zukünftige Mitgliedschaft.

Damit hat sich die Ukraine weit von der Position entfernt, die sie zu Beginn der russischen Invasion vertrat. Damals hatte Kiew eine dauerhafte Neutralität ins Gespräch gebracht und in Aussicht gestellt, auf Atomwaffen zu verzichten und seine militärischen Zusammenarbeit mit der Nato zu beschränken

(sprich: keine Militärbasen oder permanent stationierte ausländische Truppen auf ukrainischem Boden).

Sollte es zu besagtem „Sicherheitspakt“ kommen, den Selenski Kabinettchef zusammen mit dem ehemaligen Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen entworfen hat, würde Moskaus strategischer Albtraum wahr werden, den Putin durch seinen Angriff auf die Ukraine angeblich verhindern wollte. Der Kreml ist nicht bereit, eine solche Niederlage hinzunehmen.

Mit seinem Versuch, die Grenzen gewaltsam zu verschieben, hat Moskau einen der schwerwiegendsten Verstöße gegen die UN-Charta begangen. Dies verurteilen sogar Indien und China, die engsten Verbündeten Russlands. Gleichzeitig ist eine große Mehrheit von Russlands Verbündeten der Ansicht, dass es auch keine Option sein kann, dass die Ukraine die Wiedereingliederung des Donbass und der Krim erzwingt. Dies würde nicht nur die Gefahr von Atomschlägen erhöhen, sondern auch auf den Widerstand eines Großteils der lokalen Bevölkerung stoßen.

Wie groß dieser Widerstand wäre, ist indes unklar. 2014 stimmten beim rechtswidrigen Referendum zur „Angliederung der Krim an die Russische Föderation“ 96 Prozent der Krimbewohner:innen mit Ja. Eine Zustimmungssquote mit bedingter Aussagekraft: Der Frust über den Sturz des prorussischen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch im Zuge der Maidan-Revolution war groß; das Referendum wurde überhastet organisiert, und es fand unter der strengen Aufsicht von russischen Truppen ohne Hoheitszeichen statt. Zudem boykottierte die Minderheit der Krimtataren die Abstimmung. Dass sich auf der Krim eine Mehrheit Russland nahe fühlt, ist trotzdem nicht zu leugnen. Für Kiew stellt das eine Herausforderung dar.

Auch die Donbass-Frage ist heikel. Die Kluft zwischen Kiew und den abtrünnigen Republiken Luhansk und Donezk hat sich weiter vertieft. Wenig überraschend wurde die „militärische Spezialoperation“ Russlands dort teils mit Erleichterung aufgenommen, ganz anders als in den anderen Teilen des Donbass, die wie Mariupol mittels russischer Flächenbombardements „befreit“ wurden.<sup>8</sup>

Das Scheitern des Minsker Abkommens von 2015, das einen Sonderstatus für den Donbass innerhalb einer föderalen Ukraine vorsah, erschwert eine Lösung in dieser Region erheblich. Es wird harter Arbeit bedürfen, die Parteien von der Glaubwürdigkeit eines politischen Prozesses zu überzeugen, der auch die Möglichkeit einer formalen Angliederung an Russland nicht ausschließt (siehe den untenstehenden Artikel).

Auf diplomatischer Ebene geht es mittlerweile nicht mehr darum, den Konflikt zu lösen, sondern einzig darum, die Kriegsfolgen einzudämmen. Die Sicherheit des AKWs Saporischschja, der Austausch von Gefangenen und die Verhinderung einer Ernährungskrise sind die einzigen Konfliktparteien auf Verhandlungen einlassen.

Derweil verlagert sich der Kreis der möglichen Vermittler von Europa, das immer abhängiger von Washington wird, in den Nahen Osten. Das Duo Berlin/Paris, das das Minsker Abkommen von 2015 vermittelt hatte, hat sich überlebt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat dazu aufgerufen, die „neue Realität“ zur Kenntnis zu nehmen: die „Rückkehr des Imperialismus“, der keinen Raum für Kompromisse lasse.<sup>9</sup>

Der französische Präsident Emmanuel Macron sieht das anders. In einem Interview mit dem Fernsehsender TF1 sprach er sich am 3. Dezember sogar dafür aus, dass die Nato nicht nur Kiew, sondern auch „Russland Garantien für dessen eigene Sicherheit“ geben solle. Diese Äußerungen sind in der Presse und bei den meisten europäischen Regierungen auf massive Kritik gestossen.

Mittlerweile ist die Türkei zur wichtigsten Mittlerin zwischen Kiew und Moskau geworden. In Antalya fanden bereits im März Friedensgespräche statt. Und im Sommer war die türkische Regierung maßgeblich am Abschluss einer Vereinbarung für den Export ukrainischen und russischen Getreides über die Schwarzmeerhäfen beteiligt.

Neben der Türkei haben sich noch andere eher untypische Vermittler ins Spiel gebracht. So wurde im September in Saudi-Arabien ein Gefangenenaustausch ausgehandelt. Und die diplomatischen Bemühungen der Vereinigten Arabischen Emirate führten zur Wiederaufnahme der Ausfuhr russischen Ammoniums. Das zeigt auch: Das Schicksal Europas entscheidet sich weit entfernt von dessen Grenzen.



Tiina Itkonen, Hunter with his dogs, Savivivik 2016, 60 x 85 cm

1999 bis 2002. Die Aufgabe der UNO bestand darin, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu gewährleisten, den Wiederaufbau der Infrastruktur zu unterstützen und das Gebiet rechtsstaatlich zu verwalten. Zudem half sie bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und bei der Organisation von Wahlen.

Die Möglichkeit, die umstrittenen Gebiete in der Ostukraine zu entmilitarisieren und zeitweise unter die Obhut der Vereinten Nationen zu stellen, muss ernsthaft erwogen werden. Nach einer von Paralleldiplomatie und Verhandlungen geprägten Phase könnte der UN-Sicherheitsrat einen verbindlichen Waffenstillstand verkünden, oder die Konfliktparteien könnten diesen direkt aushandeln. Teil dieses Waffenstillstands sollte die Stationierung einer Friedenstruppe und weiteren UN-Personals sein. Die Grenzen der

von der UNO zu verwaltenden Gebieten müssten flexibel festgelegt werden.

Der Übergangszeitraum in diesen Gebieten müsste länger bemessen sein als in Osttimor; zwischen zehn und zwanzig Jahren. Aufgrund ihrer geografischen Ausdehnung wäre zudem die konsequente Mobilisierung von finanziellen Ressourcen und Verwaltungspersonal erforderlich. Der „Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in der Ostukraine“ käme zudem die Aufgabe zu, die Verhandlung und Ausarbeitung einer Rechtsgrundlage für den Status dieser Regionen zu unterstützen, regelmäßige Wahlen zu organisieren und ein mögliches Referendum abzuhalten.

Die militärische Blockfreiheit der Ukraine ist und bleibt eine Schlüsselfrage, die in die Verhandlungen einbezogen werden müsste. Außerdem könnten mittels einer Resolution des UN-Sicherheitsrats andere vertrauens-

bildende Maßnahmen anvisiert werden, wie zum Beispiel die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Russland und der Nato über eine Verringerung der – atomaren und sonstigen – militärischen Risiken und die Initiierung offizieller Abrüstungsverhandlungen.

Bereits im Dezember 2020 hatte eine Gruppe aus 145 ehemaligen Generalen, Politikern, Diplomaten und Intellektuellen aus den USA, Europa und Russland, die sich über die Zunahme der Risiken militärischer Unfälle mit oder ohne Beteiligung von Atomwaffen sorgten, entsprechende Vorschläge formuliert.<sup>7</sup> Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurden sie nicht wieder aufgegriffen.

Wie bei früheren Kriegen brauchen auch die Parteien dieses Konflikts Hilfe von außen, um den ersten Schritt in Richtung Frieden zu gehen. Die Vermittler sollten primär aus Staa-

ten kommen, die aus Sicht Russlands und der Ukraine nicht in den Konflikt verwickelt sind. Auch Institutionen wie der Internationale Gerichtshof oder der Ständige Schiedshof könnten eine Rolle spielen.

In den internationalen Beziehungen ist derzeit ein gefährlicher Trend zu beobachten: Der Krieg in der Ukraine wird einzig unter militärischen und moralischen Gesichtspunkten betrachtet, im Sinne eines Kampfs zwischen Gut und Böse. Die diplomatischen Bemühungen zur Beendigung des Konflikts lassen sich an einer Hand abzählen und treffen größtenteils auf taube Ohren.

Wir sind allerdings überzeugt, dass die obigen Vorschläge in Bezug auf die Aufnahme von Verhandlungen zu einer Deeskalation beitragen und dem Frieden eine Chance geben könnten.

**Tapio Kanninen  
Heikki Patomäki**

<sup>1</sup> Julia Gledhill und William D. Hartung, „Frohlocken bei Lockheed“, *LMd*, Mai 2022.

<sup>2</sup> Siehe „Der Preis der Sanktionen“, *LMd*, November 2022.

<sup>3</sup> Siehe „From Zelenskyy's surrender to Putin's surrender: how the negotiations with Russia are going“, *Ukrainska Pravda*, 5. Mai 2022.

<sup>4</sup> Zahlen betreffen den Zeitraum vom 24. Januar bis 20. November 2022; siehe „Ukraine Support Tracker“, Kiel Institut für Weltwirtschaft Kiel.

<sup>5</sup> U.S. believes Ukrainians were behind an assassination in Russia, *New York Times*, 5. Oktober 2022.

<sup>6</sup> Siehe „Kiew und Moskau beschließen sich mit Langstreckenwaffen“ (auf Russisch), *Nesavisimaja Gazeta*, 6. Dezember 2022.

<sup>7</sup> Telegram-Account der russischen Botschaft in den USA, 14. Dezember 2022.

<sup>8</sup> Siehe Loic Ramirez, „Unterwegs im Donbass“, *LMd*, September 2022.

<sup>9</sup> Olaf Scholz, „Die globale Zeitenwende. Wie ein neuer Kalter Krieg in einer multipolaren Ära vermieden werden kann“, *Foreign Affairs*, 5. Dezember 2022.

**Aus dem Französischen von Markus Greiß**

<sup>1</sup> Top U.S. general urges diplomacy in Ukraine while Biden advisers resist“, *New York Times*, 10. November 2022.

<sup>2</sup> Charles A. Kupchan, „It's time to bring Russia and Ukraine to the negotiating table“, *New York Times*, 2. November 2022.

<sup>3</sup> Vgl. Tuomas Forsberg und Heikki Patomäki, „Debating the War in Ukraine: Counterfactual Histories and Future Possibilities“, London (Routledge) 2023 (im Erscheinen).

<sup>4</sup> Lord Owen und andere, „Letter: Remember Kissinger's advice to the Ukrainians“, *Financial Times*, London, 28. Februar 2022.

<sup>5</sup> Oscar Arias und Jonathan Granoff, „Nuclear strategy and ending the war in Ukraine“, *The Hill*, 19. Juli 2022.

<sup>6</sup> Alexander Wendt, „The Social Theory of International Politics“, Cambridge (Cambridge University Press) 1999.

<sup>7</sup> Siehe „Recommendations from an experts' dialogue: de-escalating NATO-Russia military risks“, European Leadership Network, 6. Dezember 2020.

**Aus dem Französischen von Markus Greiß**

Tapio Kanninen ist Vorsitzender der Organisation Global Crisis Information Network in New York. Heikki Patomäki ist Professor für Weltpolitik und internationale Volkswirtschaft an der Universität Helsinki.